

Offener Brief des Integrationsbeirats Pankow von Berlin

Berlin, den 18.11.2021

An die Berliner Abgeordneten
des Europäischen Parlaments
per Email

Menschenrechte an polnisch-belarussischer Grenze durchsetzen

Sehr geehrte Frau Hildegard Bentele,
sehr geehrte Frau Gabriele Bischoff,
sehr geehrter Herr Moritz Körner,
sehr geehrter Herr Dr. Sergey Lagodinsky,
sehr geehrter Herr Erik Marquardt,
sehr geehrte Frau Martina Michels,
sehr geehrte Frau Dr. Hannah Neumann,

der Integrationsbeirat Pankow von Berlin ist tief besorgt und beunruhigt darüber, dass Menschen auf der Flucht von und im EU-Land Polen zurückgewiesen und in lebensfeindlichen Bedingungen festgehalten werden. Diese menschenrechtswidrige Praxis verurteilen wir aufs Schärfste und fordern Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass in der EU die international anerkannten Schutzstandards für Flüchtlingshilfe durchgesetzt werden.

Soweit bekannt, kommen die meisten der Einreisewilligen aus Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan und dem Irak, aber auch z. B. aus Nigeria, der Republik Kongo und dem Libanon. Ihnen, wie auch anderen Einreisewilligen, könnte internationaler Schutz zustehen und den müssen sie innerhalb Polens und der EU auch beantragen können. Selbstverständlich müssen Polen und die EU derweil diese Menschen mit Unterkunft und Nahrung usw. versorgen.

Gleichzeitig ist es dringend erforderlich, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den vom belarussischen Diktator mit Unterstützung der russischen Regierung geschäftsmäßig betriebenen Menschenschmuggel so schnell wie möglich zu stoppen, damit schutzsuchende Menschen nicht erst zum Spielball der hybriden Attacke auf die EU werden können.

Die polnische Regierung hat in der Grenzregion den Ausnahmezustand ausgerufen. Somit ist den NGOs, Helfer:innen aus der polnischen und europäischen Gesellschaft, aber auch Journalist:innen der legale Zutritt zu dem Gebiet verwehrt. So unterbindet die polnische Regierung nicht nur, dass die polnische Zivilgesellschaft und internationale Organisationen den Menschen in Not helfen, denn diese Menschen benötigen dringend Nahrung, Kleidung,

Unterkunft und Rat. Die polnische Regierung verweigert zudem der Weltöffentlichkeit eine freie und unabhängige Berichterstattung.

Darüber hinaus weist die polnische Regierung die Hilfsangebote zu Grenzsicherung und humanitärer Hilfe zurück und verhindert so, dass die europäischen Institutionen die offenbaren Verstöße gegen die Menschenrechte wahrnehmen und verhindern können.

Als Berliner Mitglieder des Europaparlaments sehen wir Sie in besonderer Verantwortung, gegenüber den rechtlosen Menschen in jener Grenzregion, aber auch gegenüber der deutschen und polnischen Zivilgesellschaft sowie internationalen Organisationen.

Darum fordern wir Sie auf sich dafür einzusetzen, dass

- **den Menschen in jener Grenzregion gemäß den europäischen Standards geholfen werden darf.**
- **die Einreisewilligen Gelegenheit bekommen, internationalen Schutz zu beantragen.**
- **die polnische Regierung die Push-back-Praxis beendet und den Ausnahmezustand im polnisch-belarussischen Grenzgebiet aufhebt.**
- **gegen alle Beteiligten an der Schleusung der Menschen an die belarussische Grenze (Personen, Unternehmen, staatliche Behörden) schärfste Sanktionen verhängt werden.**
- **das Europäische Parlament, die EU-Kommission und internationalen Organisationen in besagtem Grenzgebiet humanitär tätig werden.**

Menschenrechte gelten auch an den Außengrenzen der EU!

Mit freundlichen Grüßen

Integrationsbeirat Pankow von Berlin